



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

die Sommerpause des Parlaments ist vorbei und Berlin hat mich wieder. Schade eigentlich, denn es war schön, so viel vor Ort zu sein, an Garten-/Straßenfesten und Vereinsjubiläen teilzunehmen sowie bei Unternehmen und Betriebsräten zu sein. Aber wir haben drängende Aufgaben vor uns. Deshalb: Ran an die Arbeit! Den Auftakt machten wir mit unserer SPD-Fraktionsklausur in Dresden. Hier diskutierten wir unsere Vorstellungen für ein drittes Entlastungspapier der Bundesregierung, um abgestimmt in die Verhandlungen mit unseren Koalitionspartnern zu gehen. Es war eine gute Strategie, denn ein großer Teil unserer Vorschläge ist in das aktuelle Paket eingeflossen. Einige Punkte werden zurzeit konkretisiert oder sogar auf EU-Ebene verhandelt, wie ein Preisdeckel für Gas. Dabei ist mir bewusst, dass dies vielen Menschen nicht schnell genug geht oder dass sie sich einfachere Maßnahmen wünschen. Aber die Zeiten sind nicht einfach und es gilt in einer Regierung, immer alle unter einen Hut zu bringen, das heißt, Kompromisse zu schließen. Trotzdem lassen wir nicht locker und versuchen das Großmögliche rauszuholen, gerade für die, die es in schwierigen Zeiten am nötigsten brauchen.

## *Drittes Entlastungspaket*

Die Bundesregierung hat sich auf ein drittes Entlastungspaket geeinigt. Mit den bereits beschlossenen zwei Paketen gab es Zuschüsse für ALG-I- und ALG-II-Empfänger:innen, 300 Euro Energiepreispauschale für Arbeitnehmer:innen, steuerliche Erleichterungen, Heizkostenzuschüsse und vieles mehr. Doch die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise machen weitere Maßnahmen nötig. Mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro ist das aktuelle Paket nun doppelt so groß wie die ersten beiden zusammen.

Ein wichtiger Schritt dabei ist die Preisdeckelung für den Stromgrundbedarf. Privathaushalte sollen so eine bestimmte Menge Strom vergünstigt bekommen. Die Menge wird anhand des Verbrauchs der letzten Jahre errechnet. Finanziert werden soll die Deckelung durch die Abschöpfung von Zufallsgewinnen der Stromproduzenten. Auch die Einführung einer Gaspreisbremse wird geprüft. Hier könnte es aber auch zu einer europäischen Lösung kommen.

Folgende weitere Maßnahmen sind enthalten:

- Rentner:innen erhalten eine Pauschale von 300 Euro bis zum 1. Dezember 2022
- Studierende und Fachschüler:innen erhalten 200 Euro, auch zusätzlich zum Heizkostenzuschuss
- Das Kindergeld wird um jeweils 18 Euro für das erste bis dritte Kind angehoben
- Der Höchstbetrag des Kinderzuschlags wird zum 1. Januar 2023 erneut erhöht
- Das Wohngeld wird zum 1. Januar 2023 reformiert: Künftig gibt es mehr Anspruchsberechtigte und eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente
- Wohngeldempfänger:innen bekommen für die anstehende Heizperiode außerdem einen zweiten Heizkostenzuschuss in Höhe von mindestens 415 Euro
- Mit dem neuen Bürgergeld steigen die Regelsätze für die Grundsicherung auf rund 500 Euro
- Unternehmen sollen ihren Beschäftigten einen „Inflationsbonus“ in Höhe von bis zu 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei auszahlen können
- Es gibt einen Nachfolger für das 9-€-Ticket für das gesamte Bundesgebiet. Der Preis soll zwischen 49 und 69 Euro liegen. Der Bund stellt hierfür 1,5 Milliarden Euro bereit – vorausgesetzt die Länder beteiligen sich gemeinsam mit der gleichen Summe an der Umsetzung.

---

## *Corona-Schutzmaßnahmen für den Winter*

Das aktuelle Infektionsschutzgesetz läuft Ende des Monats aus. Daher müssen wir es anpassen, um für den Herbst und Winter vorbereitet zu sein. Ab Oktober gilt nun bundesweit eine FFP2-Maskenpflicht in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und Fernzügen, denn verschiedene Studien belegen, dass Masken (insbesondere richtig getragene FFP2-Masken) schützen. In Flugzeugen wird die Pflicht abgeschafft, da dort der Luftaustausch aufgrund der Lüftungen und Filter sehr gut ist. Aber natürlich kann man auch hier weiterhin freiwillig eine Maske tragen. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen muss zusätzlich ein negativer Bürger-Test vorgewiesen werden.

Darüber hinaus haben die Länder die Möglichkeit, eine Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr sowie in öffentlichen Innenräumen einzuführen. Zudem sind eine Masken- oder Testpflicht beispielsweise in Gastronomie und Kultureinrichtungen sowie eine Testpflicht an Schulen möglich. Sofern sich abzeichnet, dass die Krankenhäuser überlastet sein sollten, können die Länder nachschärfen, z. B. mit Personenobergrenzen und Abstandsgeboten. Tiefgreifendere Maßnahmen wie Lockdowns und Schulschließungen sind aber ausgeschlossen.

Die beschlossenen Maßnahmen sind meines Erachtens passend und gleichzeitig zurückhaltend. Ich hoffe, dass wir – auch aufgrund der angepassten Impfstoffe – gut durch den Winter kommen und keine weiteren Eingriffe nötig werden. Aber wir sollten vorbereitet sein!

## Haushaltsberatungen für 2023

Der Haushalt für das kommende Jahr wird für alle Fachbereiche aufgrund der steigenden Kosten und der somit steigenden Ausgaben eine Herausforderung. Hinzu kommt die Schuldenbremse, die ab 2023 wieder eingehalten werden muss. Diese ist im Grundgesetz verankert und begrenzt die staatliche Neuverschuldung. Eine weitere Aussetzung, wie wir sie in den vergangenen drei Jahren hatten, ist zurzeit nicht machbar, da hierfür die Koalitionsmehrheit fehlt.

Es muss daher an vielen Stellen gespart werden, damit wir wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen können. So investieren wir weiter in eine von Russland unabhängige Energieversorgung sowie in eine nachhaltige, klimaneutrale und digitale Wirtschaft. Die Zuschüsse zur Errichtung der Ladeinfrastruktur für E-Autos werden mehr als verdreifacht, mehr Geld fließt in Schienen als in Straßen, die finanziellen Mittel für die Dekarbonisierung der Industrie werden fast verdoppelt und in den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft wird ebenfalls investiert. An unseren sozialen Projekten wie dem Sozialen Wohnungsbau und dem Bürgergeld halten wir natürlich ebenfalls fest.

Vergleicht man die Haushaltsansätze mit denen von 2019, also vor der Pandemie, wachsen diese im Großen und Ganzen an. Jedoch kann man damit keine großen Sprünge machen. Ich hoffe, dass sich die Lage in den kommenden Jahren wieder besser darstellt. Ende November wird final über den Haushalt abgestimmt. Bis dahin wird von unseren Haushälter:innen noch hart verhandelt.

---

In diesem Monat habe ich drei Sitzungswochen in Berlin. Zum Glück kann ich in der verbleibenden Woche Termine in Dortmund wahrnehmen, wie die Übergabe des Deutschen Kitapreises. Ein besonderes Highlight steht am Sonntag auf meinem Plan: Das berühmte Hoffest der Imkerei Schmidt in Dortmund Sölde und das Team Poschmann ist wie immer dabei. Wir backen direkt vor meiner Haustür Waffeln für einen guten Zweck. In diesem Jahr für den Verein DLRG-Ortsgruppe Aplerbeck. Schaut doch einfach mal vorbei!

Bis bald

Eure

*Sabine*